

Er erscheint täglich
nachmittags mit Ausnahme der
Sonntags- und Feiertage.
Abonnementpreis
monatlich 50 A. 1/2 jährlich 1.50 A.
prämium frei ins Haus. Durch
die Post bezogen 1.65 A.
"Die Neue Welt"
(Unterhaltungsbeilage), durch
die Post nicht bezogen, kostet
monatlich 10 A. 1/2 jährlich 30 A.

Volkshblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Raumburg-Weißenfels-Zeitz,
Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Redaktion und Expedition: Geißeustraße 21, erster Hof pastorene rechts.
Telegraphen-Adresse: Volkshblatt Halle-Saale.

Insertionsgebühren
betragen für die halbjährige
Zeitschrift oder deren Raum
15 A. für Wohnungs-
Bereits- und Verordnungs-
ausgaben 10 A.
Im rezeptionsfreien Teile
folgt die Seite 41.
Inletzte für die tägliche
Nummer müssen spätestens
nachmittags 1/2 Uhr in der
Expedition aufgegeben sein.
Eingetragen in die Ver-
einigungsliste unter Nr. 1255.

Nr. 24.

Freitag den 29. Januar 1897

8. Jahrg.

Arbeiter, Genossen in Stadt und Land!

Gedenkt nach wie vor der ausgeperrten Schuhmacher in Weißenfels und der streikenden Hamburger Hafenarbeiter. In beiden Kämpfen kommt der ganz unüberbrückbare Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit zum Ausdruck und der ganze unversöhnliche Haß des Unternehmertums gegen die eine geringe Verbesserung ihrer traurigen Lage erstrebende Arbeiterklasse. Selbst alle mit, Arbeiter und Genossen, daß den Streikenden der Sieg werde.

König Hunger hat das Wort.

Aus London schreibt man:
Als Herr der modernen Weltwirtschaft hat er es zwar immer, denn sein System des Reichtums von der Masse, um der Minderheit des reichlichen geben zu können, ist als „gottgemacht“ längst verschüttelt und für unanstoßbar erklärt. Aber mißtrauen sich auch die gewiegtesten Regiermeister; die „unbekannten Größen“, die sie herausstellen, verlagern wie Wind und Sonne beim Süden und Norden und die herrlichsten Hungererzählung muß dann unermüdet oft dem Hungerstaatsrecht weichen.

Seit der Eroberung des fruchtbarsten Indiens im Jahre 1858 durch Fromm-England hat König Hunger seine gewaltigen Staatsmänner, seine Wirtschaft- und Rechtsordnungen im Namen des heiligen Profits mit Lady Kultur vermählt, dorthin entandt. Und — sie waren fruchtbar und mehren sich — sie schwangen die Hungerpeitsche und entfalteten Not und Tod über die Kinder des Volkes, um den eigenen Hausstand mit deren Herzblut zu mehren und zu festigen.

Nach den Berichten der indischen Hungerkommission, jener famosesten Ertragschicht modern kapitalistischer Statistik, erstreckte sich die Hungerteufel in Indien 1885/86 bereits über eine Bevölkerung von 47 500 000, sie sank 1888/89 auf nur 44 500 000 Seelen, um wiederum 1876/78 58 000 000 Seelen dort inne werden zu lassen, daß König Hunger die Welt noch immer regiert. Sechs Monate hat es von 1896/97 gedauert, bis die Gelehrten der indischen Kolonialpolitik einzuräumen vermochten, daß alle bisherigen Eindämmungsversuche der heutigen Not durch Almosen und Notstandsarbeiten die wachsenden Gefahren nicht aufhalten, die durch Krankheit, Elend und Tod gebrachte Landesbevölkerung ohne frähtigere Mittel nicht zu jener Selbstwiedererfassung führen konnten, die der Abgott moderner Ausbeuter ist und bleibt. Zugegeben wird endlich, daß den letzten Sommer über bereits 300 000 Menschen durch Notstandsarbeiten behördlich gehalten werden mußten. Eine halbe Million soll daraus geboren und wie Wissende sagen, sollen 2 Millionen für künftige Not so zu erhalten sein, wie die Dinge nun heute liegen.

Das Staatssekretariat für Indien stellt hier endlich fest, daß 37 Millionen Menschen bis Ende März hin vom Hunger werden betroffen werden. Andere von ca. 44 Millionen bewohnte Distrikte nur teilweise und zwar nicht minder für längere oder längere Zeit, weil sie in ihren Existenzbedingungen sich erschöpfen. Angesichts der stets vorhersehenden hohen Kornpreise in Indien nennt die unabhängige Presse das hiesige Staatssekretariat schlecht unterrichtet, daher unvorbereitet betreffs der latenten und aktuellen Hungerleiden der vorwiegenden Notstandsbevölkerung.

Vor Wochen schon erhoben sich Stimmen in England und aus Indien, öffentliche Sammlungen für einen Hilfsfonds behördlich eingeleitet. Bei einer Bevölkerungsgröße von 902 Millionen pro (englische) Quadratmeile in den nördlichen Hungerrevieren, gegen 122 in den Zentralprovinzen, seien 6 Millionen in Frage ihres Untergangs.

1 200 000 empfangen in der ersten Woche des Januar 1897 bereits behördliche Hilfe. Auf 2 Millionen und sogar auf über 3 bis zur schlimmsten Zeit werde man solche weiter brauchen. Für Hilfsgeber und Steuerzufälle werde das indische Schatzamt auf weit über 80—120 Millionen Mark mindestens zu rechnen haben.

Dieses blutige Sündenregister der abarmungslosen kapitalistischen Unterjochungs- und Ausbeutungspolitik erhellt seine volle natürliche Beleuchtung erst in den Thatfachen, daß Gelehrte und Staatsmänner sich seit der 1876/78er Hungerteufel klar gewesen sind, daß nur mit Erweiterung und Hebung von Kanalwegen gegen die chronische Dürre in Indien anzukämpfen ist und daß genügende Bahnanlagen zu schaffen unerlässlich blieb, um durch raschere Zufuhr bei eintretenden Missernten solchen Katastrophen rechtzeitig vorzubeugen.

In Punjab (Pensjab) und dem Nord-West (Ruplands Nachbarstaat) verdoppelte und verdreifachte man seither zwar die bis dahin bestehenden Bewässerungsanlagen in ihrer Kilometerzahl; die Bahnbauten dagegen wurden lediglich nach strategischen Rücksichten, gegen einen etwaigen Einfall Rußlands von Afghanistan her, berechnet, daher so angelegt, daß

die englischen Truppen jederzeit raschestens von Sindh und Bombay, dem nächsten Westen, her an die Grenzen von Beludschistan zu werfen sind.

Dagegen heute der Bahnmangel in den schlimmsten östlichen Provinzen (über 1/3 des Ganzen) und die Hauptstädte Kalkutta und Madras ohne Bahnen.

Das verhungerte Volk vom Land flieht um Brot in die Städte, uringt Pest und Hungertypus; die letzte Habe rafft der Städter zusammen, um diesen zu entinnen; halb Bombay soll demnächst entvölkert sein.

Kein Regen, keine Ernte und kein Geld in Indien, — das letztere offen einzuräumen, fiel der Regierung besonders schwer —, aber sie erwägt doch nun endlich den Lordmayor hier zur Veranlassung öffentlicher Sammlungen und zur Weitergabe der Aufforderung an alle Kapazitäten und Behörden des Königreichs. Ein „Not-Fonds Komitee für Indien“ von Notabeln z. H. ist für Stabschefs berufen worden, um alles Einschlägige zu beraten und festzustellen, und der hiesige Staatssekretär für Indien bemüht sich auch bereits, in gelegentlichen Neben alles bisher an Hilfsleistung regierungsseitig Geleistete mitzulegen hervorzuheben.

Börse, Banken, Großhandels- und Geschäftleute nebst vielen Notabilitäten und Staatspersonen hier haben bis zum 13. Januar abends bereits 840 000 Mk. Hilfsgeber gespendet 200 000 Mk. davon hat die Börse allein gesammelt.

Unter Genosse Synman, einer der anerkanntesten Individenten, dessen Briefe über die Misere der dortigen Not, schon im November 1896 von der Presse gewürdigt wurden, wohnen sich an den Lordmayor mit der öffentlichen Anfrage um Inzulassung eines Antrags nebst Begründung beim Notstandsamt. Vom Lordmayor am 14. Januar sofort sehr liebenswürdig empfangen und ablesend bediehet, publiziert nun unter Genosse den Kern seines Antrags nebst Gründen: Gegen 400 Millionen Mark, im Wege des heutigen Tributs aus Indien von England erhoben, sind selbst 20 Millionen Mark etwa zu erbringende Hilfsgeber nicht ausreichend, das formlich im Geld dort aufzuhalten — fast Hund-

man — Der tüchtig im Wegeerwerb erhabene Beitrag für den Hungerhilfsfonds in Indien wurde zu Grenz-Expeditionen verwendet ohne Zustimmung des indischen Volkes, und hat in den letzten 18 Jahren nicht weniger als 1428 Millionen Mark betragen. Jährlich wandern dazu, für Verwaltung, Pensionen und Zinsen, aus indischen Erträgen 400 Millionen Mark in Gold nach England; man möge also beschließen, den Staatssekretär für Indien anzufordern, die monatlichen Transferenzen auf den indischen Staatsschatz für dieses Jahr einzustellen und die Regierung in Indien zu ermächtigen, das Geld in unserer ausgeperrten Kolonie zu verwenden, um Millionen von Menschenleben zu retten, die anderswie geopfert werden müßten. — Genosse Synman wollte schließlich in der Sitzung des Notstandsamtes im Mansion-Haus seinen Antrag vertreten, wurde aber gewaltsam aus dem Saale entfernt. Das Wort wird reden und richten lernen!

Tagesgeschichte.

Gegen die Novelle zum Unfallversicherungs-gesetz hat die Knappschafts-Versicherungsgesellschaft dem Reichstoge eine Denkschrift überreicht, in der sie gegen die Annahme vieler Bestimmungen der Novelle Einspruch erhebt. Die Denkschrift wendet sich u. a. gegen alle die Neuerungen, welche eine erhebliche Mehrbelastung der Industrie zur Folge haben sollen, u. a. namentlich gegen die bedingungslose Ausdehnung der Versicherung auf häusliche und andere Dienste und die Übertragung des Rentenanspruchs auf den Witwer und ältere Ehefrau, worin eine unberechtigter Entlastung der Gemeinden auf Kosten der Industrie erblickt wird. Als unannehmbar bezeichnet man die Forderungen, daß die Berufsgenossenschaften die Renten im Falle der Erwerbsunfähigkeit schon vor Ablauf der 13. Woche nach dem Unfall bis zur Höhe des Krankengeldes und auch die Differenz zwischen Krankengeld und Unfallrente für den Verlegten von der 5. bis zur 13. Woche übernehmen sollen, während bisher die Krankentassen resp. die Betriebsunternehmer diese Lasten zu tragen hatten. Auch gegen die Einschränkung der Kompetenz des Reichsversicherungsamtes wird in der Denkschrift Einspruch erhoben, ferner dagegen, daß etwa die Hälfte aller Schiedsgerichtsurteile forsan nicht

mehr rekurierbar sein soll. Diese Einschränkung wird als eine der bedeutendsten Neuerungen des Entwurfs hingestellt, welche von den nachteiligsten Folgen für die Handhabung des Unfall-Versicherungs-gesetzes sein würde.

Die letzteren Einwendungen, die die Kompetenz des Reichsversicherungsamtes betreffen, zeigen, daß der Bericht einer Herabdrückung deselben nicht einmal auf die Zustimmung der Unternehmer rechnen kann. Das Motiv dafür kann also wohl nur in der Absicht gesucht werden, überhaupt dem Reichsversicherungsamt einen Teil seiner Bedeutung zu nehmen. Im übrigen giebt die Denkschrift nur auf neue den Beweis, daß die Unternehmer sich gegen die dringlichsten Verbesserungen wahren, wenn auch nur minimale Mehraufwendungen dadurch bedingt werden.

Herrn von Bötticher und der nebenhering von ihm vertretenen Sozialpolitik widmet die Berliner Volksgaz. in Anknüpfung an seine Rede in der Monatsagung des Reichstages folgende Betrachtungen:

„Nach im vorigen Jahre hatten wir vielfach Gelegenheit, die entgegenkommende Haltung des Herrn v. Bötticher in den Fragen der Sozialpolitik zu rühmen. Heute wo Ankündigungen in die Luft um auf der ganzen Linie Sorge hat, weit über der Wind anders. Das ging auch auf die Erklärung hervor, welche Herr v. Bötticher über die zwischen dem Reichsamt des Innern und dem Reichsversicherungsamt obwaltenden Meinungsverschiedenheiten abgab. Herr v. Bötticher gab zu, daß Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden Instanzen in Bezug auf die Stellung der beiden Ressorts zu einander beständen. Solche Zweifel seien zwar erklärlich gewesen in der ersten Zeit der Ausgestaltung des Reichsversicherungsamtes, sie hätten aber aufgehört, erklärt zu sein, seitdem eine Entscheidung des Reichsfinanzministeriums des Inhalts, daß das Reichsversicherungsamt in jeder, auch in sachlicher Beziehung, eine dem Reichsamt des Innern nachgeordnete Behörde sei. So ist's also heraus! Die Frage, ob das Reichsversicherungsamt ein selbständiges Reichsamt werden soll, ist zu ungunsten des Reichsversicherungsamtes entschieden, und das Reichsversicherungsamt hat zu seinem Herrn v. Bötticher erklärte noch ausdrücklich, daß in absehbarer Zeit an eine Änderung der Stellung des Reichsversicherungsamtes nicht zu denken ist.“

Zwei Ordensgeschmücker. Anlässlich des gefestigten Geburtsjubiläum des Kaisers haben Minister v. Miquel und Herr v. Lufan aus den höchsten preussischen Orden, den schwarzen Adler, erhalten. So hat der vielgewandte frühere Kommunist Miquel, der einst eine Bauerrevolution ins Leben rufen wollte, die höchste Stufe der Ordensskala erreicht.

Mit Orden bedacht wurden gestern auch die Minister v. d. Rade, v. d. Horst und Bredel. Neben von diesen erhielt den roten Adler 1. Klasse. Herr Bredel hat die Aufgabe, die Sozialreform, die unter seinem Vorgänger v. Bodelschwingh schon ein Schneidtempo angenommen hatte, ganz und gar zum Stillstand zu bringen.

Staubesgemäch. Vom Bräulein schreibt der Bad. Landesbote, daß derselbe gestern vormittag in Begleitung zweier Herren, von denen der eine ein Saupannm ist, in einer Droschke von Karlsruhe aus auf dem Bahnhof in Durlach eintraf. Dort bestiegen die Herren ein Koupé erster Klasse in dem um 10 Uhr 10 Min. von Durlach abgehenden Schnellzug. Das Ziel der Reise ist nicht bekannt. Wohl offensichtlich wurde das Gepäck des Herrn v. Bräulein nur bis nach Freiburg aufgegeben, von wo es nach dem eigentlichen Bestimmungsorte befördert werden wird. — Sozialdemokratische Beobachter, die ein Preisvergehen abhaken müssen, werden in Preussisch-Deutschland wie Verbrecher gefesselt, transportiert; v. Bräulein, der brave Soldat, der nur einen Zivilisten umgebracht hat, reist im Koupé erster Klasse.

Ein Vorschlag zur Güte. Die Frankf. Ztg. macht den Konventionen, die über die Erklärung der Berliner sozialdemokratischen Stadtverordneten gegen die Bewilligung von 20 000 Mk. für eine Wilhelmshafen-Schiffahrt zu furchtbar erregt thun, folgenden acceptablen Vorschlag: „In Hamburg wird zur Zeit ein Kulturkampf allerersten Ranges geführt. Es wird dort um die Gleichberechtigung einer Gesellschaftsklasse gestritten, die heute schon zahlreicher ist, als jede andere und noch immer zunimmt. Die geistliche Jurisprudenz des Deutschen Reiches beruht nicht auf weniger darauf, daß diese Gleichberechtigung zu allgemeiner Geltung gelangt. Da bietet sich nun die Gelegenheit, einen Patriottismus zu erwecken. Die konventionellen Herren sind ja so mächtig; wie wäre es, wenn sie dafür sorgen wollten,

